

Studie belegt:

Zahlreiche Muslime wollen sich nach wie vor nicht integrieren

Auch wenn die unlängst veröffentlichte Studie des Österreichischen Integrationsfonds von einer Verbesserung innerhalb der Moscheen spricht, ist dies bei der genauen Durchsicht der Zahlen keineswegs zu bejubeln.

Schließlich wird in 50 Prozent der Wiener Moscheen nach wie vor die Integrationsverweigerung aktiv gepredigt. Dem folgend ist es wenig verwunderlich, dass zahlreiche Muslime keinen Grund sehen, sich unseren gesellschaftlichen Werten anzupassen. Die Festigung bereits bestehender Parallelgesellschaften ist dementsprechend unausweichlich.

Laut der Studie wäre in keiner der Moscheen eine emotionale Verbundenheit mit Österreich zu erkennen gewesen, ein auf Österreich gerichteter Heimatbezug fehle ebenso. Das ist also was herauskommt, wenn man in Wien Millionen Euro in Integrationsvereine buttert – nämlich die deutliche Ablehnung der österreichischen Gesellschaft.

Wann macht SPÖ-Bürgermeister Ludwig endlich die Augen auf und erkennt, dass er mit seiner Zuwanderungspolitik am Holzweg ist? Wenn es nicht einmal möglich ist, die in Wien leben-

den Menschen zu integrieren, weil sie es zu einer Mehrzahl schlicht ablehnen, warum öffnet man die Grenzen dann für noch mehr Integrationsverweigerer und Sozialhilfeempfänger?

Dass Österreich und hier vor allem Wien ein Eldorado für illegale Zuwanderer ist, zeigt die gestiegene Zahl an Schlepperkriminalität, die im Zuge der aktuellen Kriminalitätsstatistik veröffentlicht wurde. Zudem ist der Umgang mit Sexualstraf Tätern etwa aus Syrien oder Afghanistan, die gerade einmal auf freiem Fuß angezeigt werden, viel zu lasch – echte Konsequenzen drohen ihnen nicht.

Bürgermeister Ludwig, der aktuell ja nicht müde wird, den schwarzen Peter bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit der Bundesregierung zuzuschieben, schweigt beim Thema Zuwanderung oder radikalem Islam beharrlich. Offenbar will er es sich nicht mit poten-

tiellen Neo-Wählern verscherzen, denn eines ist gewiss: Die Wiener vergessen nicht und der skandalösen und asozialen Politik des roten Stadthäuptlings wird spätestens im Herbst 2025 eine klare Absage erteilt werden.

Euer

Dominik Nepp
Landesparteiobmann





Roter Abgesang auf eine Politik mit Herz für Wien!

Beitrag von **MAXIMILIAN KRAUSS**, Klubobmann FPÖ-Wien

Nichts scheint in der Bundeshauptstadt, respektive im Wiener Rathaus, aktuell so groß zu sein, wie der Hass auf die schwarz-grüne Bundespolitik. Oder ist es am Ende doch nur politisches Kalkül, um vom eigenen Versagen abzulenken? So oder so ist es eine Art der Politik, die nicht funktioniert – allein die Landtagswahlergebnisse in Niederösterreich und Kärnten, bei denen die SPÖ massive Verluste eingefahren hat, beweisen dies.

Doch Bürgermeister Ludwig lässt sich von der zusehends mangelnden Unterstützung der Bevölkerung nicht beirren und verfolgt seinen asozialen Kurs stringent weiter. Während seine Parteichefin Pamela Rendi-Wagner vom Bund die Mietpreisbremse fordert, weigert man sich in der Bundeshauptstadt beharrlich, diese für den, im Eigentum und damit unter der Ägide der Stadt befindlichen Gemeindebau einzuführen. Über 100.000 Mieter könnten so entlastet werden, doch ganz plötzlich spricht man von Seiten

der SPÖ-Verantwortlichen Gaal und Ludwig von einer „Inselösung“, die niemand will. Auch würden damit die Menschen in den Bundesländern benachteiligt werden, denn die kämen, solange der Bund nicht handelt, nicht in den Genuss einer Mietpreisbremse. Interessant hierbei ist allerdings schon, dass die Wiener Stadtregierung zu Corona-Zeiten keine Sekunde gezögert hat, Wien zu einer Insel zu machen. Sei es die „Osterruhe“ im Jahr 2021 gewesen – ein Lockdown, der bundesweit nicht ausgerufen wurde, in Wien aber schon oder die Maskenpflicht, die bis zum letztmöglichen Tag in Wien gegolten hat, während Restösterreich längst darauf verzichtet hat.

Und ganz so eine Insel wäre Wien nicht einmal. Schließlich hat der burgenländische SPÖ-Landeshauptmann Doskozil bereits Anfang Februar verkündet, die Mieten in Genossenschaften mit Stand Dezember 2022 einzufrieren. Auch in Sachen Energie entlastet der Burgenländer sei-

ne Landsleute, indem es ab April einen Fixtarif für Strom und Gas geben wird. In Wien wartet man auf solche Maßnahmen vergeblich. Die Gewinnmaximierung der wieneigenen Wien Energie kommt lediglich deren sowie der Stadtwerke-Manager zu Gute, die sich über kräftige Boni freuen dürfen. Eine diesbezügliche Kritik vom Stadtrechnungshof, der die Höhe der Prämien für Stadtwerke-Chefs kritisierte, wurde nicht einmal kommentiert. Stattdessen hat man angekündigt, sich einen dritten Geschäftsführer leisten zu wollen – sein Salär: bis jetzt unbekannt.

Wiens Bürgermeister hat also seine eigenen Pläne, die Bedürfnisse der Bevölkerung stehen dabei jedoch nicht im Fokus. Eine herzlosere Politik wie die des Wiener Stadthauptlings hat die Bundeshauptstadt wohl noch nie erlebt. Ich bin überzeugt davon, der Wähler vergisst nicht und der tiefe Fall Ludwigs wird spätestens im Herbst 2025 auf jenen von Peter Kaiser vergangene Woche folgen.

Ein Jahr flächendeckendes Parkpickerl beweist: **Stadt kassiert fisches Körberlgeld**

Die Stadtkasse freut sich, die Autofahrer werden durch die von SPÖ, NEOS und Grüne vor einem Jahr beschlossene Parkpickerl-ausweitung abgeräumt wie die Christbäume. Die Einnahmen der Stadt aus diesem Raubzug sind um satte 54 Millionen auf 171 Millionen Euro im Jahr 2022 hinaufgeschmolzen. Die Parksheriffs strafen jetzt auch in Siedlungsgebieten ohne Gehsteige oder mit zu schmalen Straßen, wo über Jahrzehnte geparkt wurde, gnadenlos ab. Allein im 22. Bezirk sind davon 55.000 Anrainer betroffen, insgesamt sind es in den Außenbezir-

ken rund 210.000. Die von der FPÖ geforderte Legalisierung der Stellplätze durch Markierung oder Beschilderung lässt auf sich warten.

Dafür wurden per 1. Jänner 2023 die Kurzparktarife um 14 % teurer – doch ist das nicht die einzige Einnahmequelle für die Stadt. Denn auch Parkpickerlbesitzer werden ordentlich zur Kasse geben, da die an sich schon obszön hohe Bearbeitungsgebühr für das Parkpickerl in der Höhe von 50 Euro bei jeder Verlängerung, ob jährlich oder alle zwei Jahre, erneut fällig wird. Da dafür nicht

mehr als ein Knopfdruck notwendig ist, kann dies als eine reine Inkassoaktion betrachtet werden. Der Magistrat und seine 65.000 Bediensteten werden aus unseren Steuergeldern selbstverständlich für die Bearbeitung von derartigen Vorgängen bezahlt, wofür auch sonst?

Zudem ist vor allem in den Außenbezirken nicht einzusehen, dass bis 22 Uhr ein Parkschein gelegt werden muss. Familienbesuche werden so zu einer kostspieligen Sache und auch die Gastronomie leidet unter dieser Abzocke.

Die Wiener FPÖ fordert daher,

- 🇦🇹 dass ab 18 Uhr zumindest in den Außenbezirken kostenfrei geparkt werden darf.
- 🇦🇹 dass legale Parkplätze für 210.000 Anrainer in den Außenbezirken markiert werden.
- 🇦🇹 dass die Bearbeitungsgebühr von 50 Euro ersatzlos gestrichen wird.
- 🇦🇹 dass die erlaubte Parkdauer auf drei Stunden ausgeweitet wird.



Zahlen zeigen: Wien ist weiter Eldorado für Mindestsicherungsbezieher

Es muss nicht sein, dass man durch unkontrollierte Auszahlung der Mindestsicherung jeden Sozialmigranten nach Wien lockt. Während in der Bundeshauptstadt an ca. 135.000 Personen die Mindestsicherung ausbezahlt wird, sind es in Oberösterreich gerade einmal 5.800. Diese Differenz ist beschämend für die Verantwortlichen im rot-pinken Wien.

Doch eine weitere Zahl ist um nichts weniger besorgniserregend: So hat man in Wien im Jahr 2021 sogar an 2.726 Personen Mindestsicherung ausbezahlt, die entweder staatenlos oder unbekannte Staatsangehörige sind – das

ist rund die Hälfte von den Gesamt-Mindestsicherungsbeziehern in Oberösterreich.

Bis zum heutigen Tag ist die Wiener Mindestsicherung noch nicht verfassungskonform. Ein Missstand den auch der sozialdemokratische Volksanwalt Bernhard Achitz kritisiert. Nur Rot-Pink ignorieren diesen Rechtsbruch geflissentlich und öffnen weiter den Säckel für illegale Zuwanderer. Die Ausgaben in Wien belaufen sich schon jetzt auf unglaubliche 700 Millionen Euro – Tendenz weiter steigend. Das Gros der Empfänger sind weiterhin Zuwanderer, nämlich 57 % der

Wiener Empfänger haben keine österreichische Staatsbürgerschaft und auch noch nie in das System eingezahlt.

Diese Zahlen zeigen eindeutig, dass Stadtrat Hacker nicht nur im Gesundheitsressort, sondern auch kläglich im Sozialressort gescheitert ist. Bürgermeister Ludwig ist dringend aufgefordert, diesen heillos überforderten Stadtrat von seinen Aufgaben zu entbinden – und das besser heute als morgen.



 **Bleib auch Digital stets informiert**

 [instagram.com/fpoe_wien](https://www.instagram.com/fpoe_wien)

 [facebook.com/fpoevien](https://www.facebook.com/fpoevien)

 www.fpoe-wien.at

